

Positionspapier der „Arbeitsgruppe Kommunale Denkmalpflege“ des DST zum Stadtumbau

Köln, 21. Oktober 2005

Die Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege des Deutschen Städtetages“ sieht mit Sorge die unterschiedliche demographische Entwicklung in den Städten der Bundesrepublik Deutschland und die zukünftigen Auswirkungen auf ihre Entwicklung. Dabei wirkt sich die derzeit absehbare Bevölkerungsentwicklung erheblich auf das Erscheinungsbild und die städtebauliche sowie wirtschaftliche Entwicklung der Städte aus.

Bei der Entwicklung der Pläne zum Stadtumbau muss durch die Stadtplanung und Stadtentwicklung angemessen das öffentliche Interesse des Denkmalschutzes auf der Basis der jeweiligen Denkmalschutzgesetze und Bauordnungen der Länder berücksichtigt werden. Entwicklungskonzepte schaffen Planungssicherheit und ermöglichen später eine effektive Umsetzung und einen effektiven Einsatz der Mittel. Priorität bei der Erhaltung und Revitalisierung sollten die gewachsenen Stadtstrukturen von der Gründung der Stadt bis zu den Stadterweiterungen der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts ebenso die Ergebnisse des Wiederaufbaus der im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Städte haben.

Vorrangig sind derzeit drei Bereiche, in denen Anpassungen vorzunehmen sind:

- 1) Die Regelungen zur Altschuldenentlastung sollten in den neuen Ländern auf den Prüfstand gestellt werden. Die derzeitige Praxis der Pauschalisierung wird denkmalgeschützten Objekten nicht gerecht. Die Altschulden sollten nach Möglichkeit objekt konkret ermittelt werden. Die Entschuldung darf nicht vorrangig dazu führen, dass Kulturdenkmale ausschließlich aus betriebswirtschaftlichen Gründen und infolge zu kurzfristiger Denkansätze geopfert werden. Die Altschuldenentlastung sollte auch nicht nur an den Abriss gekoppelt sein. Vielmehr sollte eine Entlastung auf den Erhalt von Kulturdenkmälern durch die Wohnungsgesellschaften ausgedehnt werden können. Den Stadtumbaukonzepten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
- 2) Die derzeitigen Steuervergünstigungen zum Erwerb bzw. zur Instandsetzung, Modernisierung und Restaurierung von Kulturdenkmälern sind unbedingt als Ausgleich sowohl für die Mehrbelastung als auch zum Anreiz für den Erhalt von Kulturdenkmälern weiterhin zu erhalten.
- 3) Die Förderung von Wohneigentum im städtischen Umland bei gleichzeitigem Abriss von Wohnraum in den Zentren ist kontraproduktiv. Die räumlich ungesteuerte Eigenheimzulage sollte daher gestrichen und durch eine zielgerichtete Förderung der Wohneigentumsbildung, die auch auf den Erhalt historischer Gebäude ausgerichtet ist, ersetzt werden.
- 4) Diese Prinzipien sollten auch für den Stadtumbau in den alten Ländern angewandt werden.